Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche kam der Landtag von Nordrhein-Westfalen zu seiner 2. November Plenarwoche zusammen. Die 14. Plenarsitzung am Mittwoch begann zunächst mit einer Aktuellen Stunde. In dieser verurteilten der Landtag und die Landesregierung den Anschlag auf das Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen. „Beschämend“ sei dieser Angriff, hieß es parteiübergreifend. Diese Tat richte sich gegen die Demokratien. Der zweite Plenartag am Donnerstag befasste sich u. a. mit zwei Anträgen der Zukunftskoalition von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen zu den Themen „Frauen vor Gewalt schützen“ sowie dem Ausbau des Mobilfunks in NRW.

An beiden Plenartagen konnte ich einmal als stellvertretender Ausschussvorsitzender für den Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für den Hauptausschuss für die CDU-Fraktion sprechen. Beide Plenarreden finden Sie auch auf meiner Homepage.

Die Plenarsitzungen des Landtags sind neben den eigentlichen Antragsberatungen immer auch eine gute Gelegenheit, um in Gesprächen mit Regierungsmitgliedern konkrete Anliegen aus dem Wahlkreis zu erörtern.

Am Rande des November-II Plenums habe ich mich so mit Landesverkehrsminister Oliver Krischer getroffen, um mit ihm verkehrspolitische Themen aus dem Wahlkreis zu besprechen. In einer zweiten Gesprächsrunde konnte ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Münsterland mit Staatssekretär Matthias Heidmeier aus dem Gesundheitsministerium über den neuen Krankenhausplan NRW für den Regierungsbezirk Münster austauschen.

In der nächsten Plenarsitzung Anfang Dezember wird sich der NRW-Landtag insbesondere mit der 2. Lesung des Haushalts für das Jahr 2023 auseinandersetzen. Bis dahin wünsche ich Ihnen einen besinnlichen Start in die Adventszeit.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Daniel Hagemeier MdL

3 Million Euro für Lebensmittel-Tafeln

Zur Abfederung der hohen Energie- und Lebensmittelpreise hat die Landesregierung vor Kurzem ein Hilfspaket in Höhe von rund zwei Millionen Euro für die Tafeln und weitere Einrichtungen der Lebensmittelverteilung in Nordrhein-Westfalen geschnürt.
Aufgrund der hohen Nachfrage wird dieses Hilfspaket jetzt mit zusätzlichen Mitteln von bis zu einer Million Euro ausgestattet und bis zum 2. Dezember 2022 verlängert. Damit stehen dann insgesamt bis zu drei Millionen Euro zur Verfügung. Einrichtungen der Lebensmittelverteilung und die Tafeln, die bislang noch keinen Antrag gestellt haben, können ab sofort noch bis zum 2. Dezember 2022 finanzielle Unterstützung insbesondere für Strom-, Kraftstoff- und Heizkosten, Mieten, Verpackungsmaterial und diverse Verbrauchsgüter beantragen.
Die wichtige Arbeit der Tafeln und Lebensmittelverteiler darf gerade jetzt nicht gefährdet werden. Sie sind für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Unterstützung in ihrem Alltag. Deshalb nimmt die Landesregierung die große Nachfrage zum Anlass, die Antragsfrist noch einmal zu verlängern, um schnell und unbürokratisch zu helfen. Die lokalen Tafeln und Lebensmittelverteiler können für die fünf Monate Oktober 2022 bis Februar 2023 jeweils bis zu 1.500 Euro monatlich zur Finanzierung gestiegener Ausgaben für Kraftstoffe, Energie und Heizung sowie zur Finanzierung laufender Betriebsausgaben (z.B. Mieten, Müllentsorgung, Reinigungs- und Desinfektionsmittel, Handschuhe und Masken sowie Spuckschutz-Trennwände zur Corona-Prävention, Besteck, Einmal- oder Mehrweggeschirr, Küchenutensilien etc.) beantragen. Insgesamt stehen pro Einrichtung für diesen Zeitraum bis zu 7.500 Euro zur Verfügung.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Corona: Freitestung entfällt

Die Landesregierung passt die Corona Test- und Quarantäneverordnung zum 30. November 2022 an. Wer positiv auf Corona getestet wurde, muss nach der neuen Regelung grundsätzlich fünf Tage in Isolation. Die Isolierung endet danach automatisch - die bisherige Pflicht zur Freitestung entfällt. Für Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen gilt abweichend davon ein Arbeitsverbot bis zum Vorliegen eines negativen Testergebnisses.
Die Winterzeit steht mit kalten Temperaturen in den Startlöchern. Die Grippewelle nimmt Fahrt auf. Die Isolierung kann dabei helfen, Infektionen zu verhindern und Belastungen des Gesundheitssystems zur reduzieren. Deswegen gibt es weiterhin die Empfehlung des RKI: Auch nach Ablauf der fünf Tage sollte man sich selbst nochmals testen und bis zum Vorliegen eines negativen Testergebnisses freiwillig auf Kontakte verzichten oder bei unvermeidbaren Kontakten eine Maske tragen. Und: Wer sich krank fühlt, sollte seinen Arzt kontaktieren und sich krankschreiben lassen. Dies ist nach wie vor auch telefonisch möglich. Das Land beobachtet den Verlauf des Infektionsgeschehens nach wie vor sehr genau ist dazu im ständigen Austausch mit Expertinnen und Experten.

Auf einen Blick -
ab dem 30. November 2022 gilt:

- - Wer einen positiven Selbsttest hat, ist verpflichtet, sich mittels Schnell- oder PCR-Test nachtesten zu lassen. Diese Kontrolltestung kann in einer offiziellen Teststelle oder bei einem niedergelassenen Arzt kostenfrei vorgenommen werden.
- -Ist das Ergebnis des Kontrolltests negativ, besteht keine Verpflichtung zur Isolierung. Ist das Ergebnis des Kontrolltests positiv, ist die betreffende Person verpflichtet, sich unverzüglich nach Erhalt dieses Testergebnisses auf direktem Weg in eine fünftägige Isolierung zu begeben.
- -Gezählt wird ab Abnahme des Tests. Bei der Berechnung der Absonderungsdauer zählt der erste volle Tag der Absonderung als Tag 1 der Isolierung. Das heißt, der Tag der Testung wird nicht mitgerechnet.

Batteriezellen Made in Münster

Der Bau der so genannten Forschungsfertigung Batteriezelle (FFB) in Münster macht große Fortschritte. Nur sieben Monate nach dem ersten Spatenstich konnte jüngst auf der Baustelle im Hansa-BusinessPark das Richtfest für den ersten Bauabschnitt gefeiert werden.

Die FFB verfolgt das Ziel, die Wirtschaft in Deutschland und Europa dabei zu unterstützen, eine international führende Serienfertigung von Batterien zu entwickeln, die ökonomisch und ökologisch nachhaltig ist. Derzeit stammen noch rund 70 Prozent der in Deutschland eingesetzten Zellen aus Fernost. Mit der FFB soll technologische Souveränität auf diesem Gebiet hergestellt werden. In enger Kooperation mit der Industrie werden deshalb aktuelle und insbesondere künftige Zell- und Produktionstechnologien erforscht und entwickelt. Von den Innovationen sollen die Automobilindustrie, die Energiewirtschaft, Robotik und viele weitere Branchen profitieren – mit Strahlkraft weit über Nordrhein-Westfalen hinaus.

Schon im Januar 2023 soll der Gebäudekomplex mit rund 6450 Quadratmetern Forschungsfläche von NRW.URBAN im Auftrag des Landes an die Fraunhofer-Einrichtung Forschungsfertigung Batteriezelle Münster übergeben werden. Der Forschungsbetrieb wird dann schrittweise aufgenommen. Aktuell beschäftigen sich bereits rund 75 Expertinnen und Experten im Stadtgebiet Münster mit der Zukunft der Batteriezelle und ihrer Produktion. Nach Fertigstellung des Gesamtprojekts werden etwa 150 bis 200 Batteriefachleute ihren Arbeitsplatz an der FFB in Münster haben.

Wissenschaftliche Partner der FFB sind das Batterieforschungszentrum Münster Electrochemical Energy Technology (MEET), das Helmholtz-Institut Münster, das Forschungszentrum Jülich sowie die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen zusammen mit vielen weiteren akademischen Einrichtungen in Deutschland und Industrieunternehmen aus den oben genannten Branchen.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

CDU NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Elf Millionen Euro jährlich für Meisterprämie im Handwerk

Ab Mitte des Jahres 2023 wird das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Meisterprämie in Höhe von 2.500 Euro für jede erfolgreich abgelegte Meisterprüfung im Handwerk zahlen. Hierfür will das Land jedes Jahr rund elf Millionen Euro in die Hand nehmen.Mit der Meisterprämie investiert das Land in kluge Köpfe und die Attraktivität der Beruflichen Bildung. Das ist gut angelegtes Geld. Denn: Um klimaneutral zu werden, reicht es nicht, sich hehre Ziele auf Klimakonferenzen zu setzen. Die Transformation muss ganz konkret umgesetzt werden. Dafür brauchen wir Menschen, die anpacken und mithelfen. In den kommenden Jahren werden viele Betriebsinhaber und Meister im Handwerk altersbedingt ausscheiden. Mit der Meisterprämie will das Land einen Anreiz setzen, den anspruchsvollen Weg einer Meisterfortbildung zu gehen. Perspektivisch können so wertvolle Arbeitsplätze und Ausbildungsbetriebe erhalten werden. Die konkrete Ausgestaltung der Meisterprämie wird derzeit erarbeitet. Der Beginn der Förderung ist für Mitte 2023 geplant. Die Prämie wird nach bestandener Prüfung gewährt und in einem möglichst unkomplizierten Verfahren ausgezahlt werden.

Hintergrund Fachkräfteoffensive Die Landesregierung hat eine Fachkräfteoffensive gestartet, um mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten und Kooperationen, dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Besondere Engpässe werden im Bereich der beruflichen Ausbildung erwartet. Allein in den kommenden zehn Jahren werden über eine Million Erwerbstätige altersbedingt ausscheiden, der Großteil auf Facharbeiterniveau. Die Attraktivität der beruflichen Bildung ist deshalb ein zentrales Handlungsfeld der Fachkräfteoffensive. Mit der Meisterprämie im Handwerk setzt die Landesregierung eine erste Zusage des Koalitionsvertrages zügig um.

Zahlen, Daten, Fakten Handwerk

- Im Handwerk in Nordrhein-Westfalen sind 2022 derzeit 1,18 Millionen Menschen beschäftigt
- 2022 wurde 28.000 Ausbildungsverträge im Handwerk neu abgeschlossen
- Rund 21 Prozent der Beschäftigten im Handwerk gehen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand
- Jeder fünfte Betriebsinhaber im Handwerk ist über 60 Jahre alt
- 2021 wurde 3.546 erfolgreiche Meisterprüfungen abgelegt.

MEDICA Düsseldorf – hier trifft sich die ganze Welt der Medizin – gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss und dem Staatsekretär Matthias Heidmeier aus dem MAGS war Daniel Hagemeier auf der weltweit größten Medizinmesse. Auch die Landesregierung NRW war mit einem Messestand vertreten.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, die Bedeutung von KI im Krankenhaus der Zukunft, die Telemedizin im allgemeinen, das Virtuelle Krankenhaus NRW oder der digitale Assistent für die häusliche Pflegeberatung und noch vieles mehr wurden den Besuchern am Messestand der Landesregierung NRW von Fachleuten vorgestellt.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Plenarantrag von CDU und Grünen I: Frauen vor Gewalt schützen – Schutzplätze weiter ausbauen

Jede dritte Frau in Deutschland ist von sexualisierter oder körperlicher Gewalt betroffen. 25 Prozent aller Frauen erleben körperliche oder sexualisierte Gewalt in ihrer Partnerschaft. 24 Prozent der Frauen werden Opfer von Stalking. 42 Prozent der Frauen erleben Formen von psychischer Gewalt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist damit eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Sie zeigt sich in Formen wie Ausbeutung, vor allem Zwangsprostitution, sexuellem Missbrauch, Sextourismus, Vergewaltigung, Beschneidung von Frauen bzw. Mädchen, Zwangsheirat, vorgeburtlicher Geschlechtsselektion, digitaler Gewalt, Stalking oder häuslicher Gewalt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen in jeglicher Form ist nicht hinnehmbar. Jedes Jahr am 25. November wird mit dem internationalen Gedenktag „Tag gegen Gewalt an Frauen“ an diese Menschenrechtsverletzungen erinnert und durch Aktionen auf das Thema aufmerksam gemacht.

Die Istanbul-Konvention ist eine Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und trat am 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft. Ziel der Istanbul-Konvention ist die Verhütung, Verfolgung und Beseitigung geschlechtsbezogener und häuslicher Gewalt, die umfassende Unterstützung der Betroffenen und die Förderung der Gleichheit der Geschlechter. Mit dem Beitritt zum Übereinkommen hat sich Deutschland und somit Nordrhein-Westfalen verpflichtet, auch in Zukunft alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen. Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige Frauenhilfeinfrastruktur, die eine gute Aufstellung bereits bestehender Maßnahmen bietet. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation von häuslicher Gewalt in vielen Familien und Partnerschaften weiter gleichwohl verschärft.

Vor diesem Hintergrund haben CDU und Grüne einen Plenarantrag beschlossen der die Landesregierung unter anderem damit beauftragt, den Ausbau der Schutzplätze in Frauenhäusern schnellstmöglich voranzutreiben und die Hilfsangebote bezüglich Gewaltschutz und Gewaltprävention gemeinsam mit der Frauenhilfeinfrastruktur weiterzuentwickeln und auszubauen.

Plenarantrag von CDU und Grünen II: Mobilfunkausbau voranbringen

Eine schnelle und stabile Internetverbindung, ob Zuhause, am Arbeitsplatz oder unterwegs, ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Auch Telefonieren sollte überall unterbrechungsfrei möglich sein, nicht zuletzt um jederzeit den Notruf erreichen zu können. Eine gute Netzabdeckung sollte jederzeit und überall in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich sein.
Bereits heute ist Nordrhein-Westfalen führender Mobilfunkstandort in Deutschland. In unserem Bundesland sind sowohl alle Netzbetreiber als auch die großen Funkturmgesellschaften und Netzwerkausrüster beheimatet. Im Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen haben sich CDU und GRÜNE vorgenommen, den Ausbau von 5G voranzubringen, und hierbei gezielt auch die Bereiche anzugehen, die bisher besonders problematisch in der Umsetzung sind, wie zum Beispiel entlang von Landstraßen und Schienenwegen.

Für eine bestmögliche Mobilfunkabdeckung bieten Kooperationen der Mobilfunknetzbetreiber, beispielsweise die gemeinsame Nutzung aktiver Netztechnik, Potenziale um die Versorgung gerade in schwer zu erschließenden Gebieten zu geringeren Investitionskosten zu verbessern. In den vergangenen Jahren konnte durch eine Vielzahl von Maßnahmen, wie beispielsweise den Mobilfunkpakt I und II, der Mobilfunkausbau in Nordrhein-Westfalen stark vorangetrieben werden.
Stand Juli 2022 sind laut Bundesnetzagentur 2,25 Prozent der Landesfläche sogenannte weiße Flecken. Das sind meist ländliche Gebiete, welche über gar keine 4G- oder 5G-Versorgung verfügen. Darüber hinaus sind noch 14,8 Prozent der Landesfläche so genannte graue Flecken. Das sind Gebiete, die von mindestens einem, aber nicht allen Netzbetreibern mit 4G oder 5G versorgt sind. Das sind meist ländliche Gebiete, welche über gar keine 4G oder 5G-Versorgung verfügen. ⇒

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Die Mobilfunknetzbetreiber haben angekündigt, bei der Schließung der grauen Flecken verstärkt zu kooperieren. Vor dem Hintergrund bestehender Versorgungsbedarfe, Ausbauherausforderungen und Investitionserfordernisse stellt sich die Frage, wie eine flächendeckende, verlässliche Mobilfunkversorgung bei Sprach- und Datendiensten erreicht werden kann. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben so genannte Roaming-Vereinbarungen unter Mobilfunkbetreibern das Potenzial, die Netzabdeckung insbesondere in ländlichen Regionen zu verbessern. Bei diesem Modell gewähren sich die Mobilfunkbetreiber gegenseitigen Zugang zu ihren jeweiligen Netzen, betreiben diese aber weiterhin selbst. Für die Nutzerinnen und Nutzer bietet dies den Vorteil eines guten Netzes unabhängig vom jeweiligen Anbieter. In dem im Dezember 2021 in Kraft getretenen Telekommunikationsgesetz (TKG) wurde unter anderem der Rechtsrahmen für die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen aktualisiert. Der Fokus lag dabei auf einer flächendeckenden Versorgung.

Vor diesem Hintergrund haben CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht, der die Landesregierung beauftragt

1. den flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes in Nordrhein-Westfalen weiter voranzutreiben, um überall möglichst unterbrechungsfreie Datenverbindungen und Sprachtelefonie zu ermöglichen,

2. die Möglichkeit eines verbindlichen Roamings in Nordrhein-Westfalen zu prüfen und bei positivem Ergebnis dieser Prüfung eine Bundesratsinitiative für verbindliches National Roaming zu starten.

Aktuelle Stunde: Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Am Freitag, den 18. November 2022 wurde bekannt, dass mindestens viermal auf die Tür des Rabbinerhauses neben der Alten Synagoge in Essen geschossen wurde. Zudem sollen laut Angaben des WDR vom 19. November 2022 am Kuppeldach der neuen Synagoge Beschädigungen in Form von Löchern aufgefallen sein, die allerdings schon einige Wochen alt sein sollen. Die Hintergründe für diese Taten sind noch nicht bekannt. Es ist wichtig, dass die Polizei Nordrhein-Westfalen nun gründlich ermittelt. Leider muss von einer antisemitischen Tat ausgegangen werden.

Dass Jüdinnen und Juden in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen immer wieder Diskriminierungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind, ist zutiefst beschämend und nicht zu akzeptieren. Antisemitische Straftaten liegen auf einem hohen Niveau, im Jahr 2021 waren es insgesamt 437 verzeichnete antisemitische Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Allerdings muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, denn zum Teil werden Straftaten nicht zur Anzeige gebracht oder von den Behörden nicht als antisemitisch motiviert in der Statistik verzeichnet. Den demokratischen Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen war die Bekämpfung des Antisemitismus immer ein gemeinsames Anliegen. So wurde die Einrichtung der Stelle einer oder eines Antisemitismusbeauftragten durch einen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN im Jahr 2018 beschlossen. In den vergangenen Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen u.a. mit der Förderung der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) und ADIRA (Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus), der Einrichtung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS) und der Beauftragung einer Dunkelfeldstudie zu Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen wichtige Schritte zur Unterstützung von Betroffenen und zur Bekämpfung von Antisemitismus unternommen.

Der aktuelle Anlass der Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen machte es notwendig, dass sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt hat, denn es ist eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass Jüdinnen und Juden ohne Angst in Deutschland leben können.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus dem Wahlkeis

Austausch im Marienhospital Oelde zur aktuellen Pflegesituation

„Es ist wichtig, dass unser Berufsstand besser vertreten wird“, hofft Matthias Poppe auf signifikante Verbesserungen durch die Pflegekammer. Zusammen mit Pflegedienstleiter Norbert Junker und dessen Stellvertreterin Susanne Welp, Andreas Winter als Geschäftsführer und Akademieleiter der zentralen Akademie für Berufe im Gesundheitswesen Gütersloh sowie Elke Stücke, die wie er der Mitarbeitervertretung des Oelder Marienhospitals angehört, traf sich Poppe jetzt mit dem heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier.„Als Landesregierung halten wir am Aufbau der Pflegekammer fest“, verdeutlichte Daniel Hagemeier im gemeinsamen Gespräch.
Die Kammer werde es ermöglichen, dass Pflegefachkräfte Angelegenheiten in Form einer öffentlich-rechtlichen Kammerstruktur selbst regeln und an Entscheidungen mitwirken können, ist er überzeugt: „Mit ihrer eigenen Kammer sind die Pflegefachkräfte auf Augenhöhe mit anderen Akteuren des Gesundheitswesens, wie Ärzten, Apothekern und Psychotherapeuten, die ebenfalls in Kammerstrukturen gebunden sind.
Zu den wichtigsten Aufgaben der Pflegekammer gehören die Entwicklung einer Berufsordnung, die Festlegung von Qualitätsrichtlinien sowie die Zuständigkeit für die berufliche Fort- und Weiterbildung.“ Dass die Pflegekammer bislang an der Basis auf geringes Interesse gestoßen ist, sieht Norbert Junker in den Herausforderungen der Corona-Pandemie, aber auch in einer mitunter resignativen Grundhaltung der Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Erwartung einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege geht, begründet. Hier gelte es, die Möglichkeiten, die die Kammer bietet, noch einmal zu verdeutlichen.
Die Bedeutung einer fundierten Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege unterstrich Andreas Winter: „Hier wird der Grundstein für die berufliche Tätigkeit gelegt.“ Winter ist überzeugt: „Die Tätigkeit als Gesundheits- und Krankenpfleger bietet einen verantwortungsvollen und interessanten Arbeitsplatz.“ Der aber benötige eine stärkere Lobby, verdeutlicht Matthias Poppe. „Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, Dienstzeiten müssen attraktiver werden. Die Work-Life-Balance ist vielen Kollegen wichtig.“ Zudem fordert die Mitarbeitervertretung einen verbesserten Patienten-Pfleger-Schlüssel, der aktuell im Bundesdurchschnitt bei 13 zu 1 liege. Mit mehr Pflegekräften bleibe auch wieder mehr Zeit für den einzelnen Patienten.
„Wir lieben unseren Job“, machen Matthias Poppe und Elke Stücke deutlich. Häufig fehle aber die Zeit für eine intensivere und persönlichere Pflege, bedauert er die aktuelle Situation. Thema des Austausches waren zudem die enorm gestiegenen Anforderungen während der Corona-Pandemie sowie der Pflegebonus, der an die Fachkräfte gezahlt worden ist, aber nicht alle erreicht habe. Krankenpflegeassistenten, die ebenfalls auf der Corona-Station arbeiteten, hätten ebenso wenig einen Bonus erhalten wie Auszubildende.

Ein abwechslungsreicher Tag in Münster:

Die CDU Abgeordneten der Münsterlandrunde trafen sich zur Klausurtagung um an einigen aktuell wichtigen Themen zu arbeiten. Angefangen mit einem Gespräch über die Energiekrise bei den Stadtwerken, ging es zum Austausch mit LWL-Direktor Dr. Georg Lunemann weiter, bevor man sich zum Gespräch mit Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf traf. Thema hier war vor allem der Ablauf des G7-Gipfels in Münster. Drei sehr unterschiedliche und doch gleichermaßen wichtige Themen für die Abgeordneten.

Zwischendurch ging es dann nach einem Blick auf die wunderschöne Himmelsleiter hinauf auf den Turm der St. Lamberti-Kirche mit magischem Ausblick auf den Prinzipalmarkt. Daniel Hagemeier zeigte sich begeistert, dass die Abgeordneten im Münsterland so eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und so gemeinsam etwas für die Heimat bewegen können.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de

Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

CDU NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Gratulation zum diamantenen Meisterbrief

Zusammen mit Bürgermeister Josef Uphoff, MdB Henning Rehbaum, CDU-Vorsitzenden Freddy Holz und Tischlermeister Daniel Hagemeyer als Nachfolger von Walter Schlingmann gratulierte Daniel Hagemeier dem Jubilar Josef Schlingmann persönlich in Füchtorf zu der besonderen Ehrung. Tischler Obermeister Heinz-Bernd Lohmann überreichte ihm die Meisterurkunde zum diamantenen Jubiläum.

Mitgliederehrung CDU Stadtverband Sassenberg / Füchtorf

Auf zusammengerechnet 595 Jahre CDU-Mitgliedschaft können die 14 Jubilare der Ortsunionen Sassenberg und Füchtorf zurückblicken, die Daniel Hagemeier zusammen mit Sassenbergs Stadtverbandsvorsitzenden Werner Berheide und unserem Bundestagsabgeordneten Henning Rehbaum auszeichnen durfte. Zwischen 65 und 25 Jahren halten sie unserer CDU die Treue und haben so viel zu unserer erfolgreichen Parteigeschichte beigetragen. Als Dank dafür gab es neben Urkunden, Ehrennadeln und Präsenten auch nette Gespräche bei einem gemeinsamen Frühstück.im Hotel Börding .

Gespräch mit dem DEHOGA-Kreisvorsitzenden

Die Lage in Gastronomie und Hotellerie ist besorgniserregend: „Bundesweit bangen 56 Prozent der gastronomischen Betriebe um ihre Existenz“, zitiert DEHOGA-Kreisvorsitzender Frederic Forthaus aus Befragungen des Bundesverbandes. Im Gespräch mit den heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier und Markus Höner machte Forthaus deutlich, wie es zu diesen Existenzsorgen kommt. „Unsere größte Herausforderung ist der akute Fachkräftemangel“, sagt der Kreisvorsitzende.

„Bundesweit fehlen in Gastronomie und Hotellerie 40.000 Fachkräfte.“ Sorgen bereiten den Unternehmen aber auch Lieferkettenproblematiken und damit verbundene Engpässe bei bestimmten Produkten, die hohe Inflation, der Ukraine-Krieg und die daraus resultierende Energiekrise sowie ein Wiederaufflammen der Corona-Pandemie. „Wir rechnen im Winter mit höheren Stornoquoten“, nennt Forthaus die Einschätzung der Branche, die ohnehin durch die Pandemie gebeutelt sei und bundesweit zwischen März 2020 und August 2022 rund 70 Milliarden Euro Umsatzrückgang zu verzeichnen gehabt habe. „Ohne Sofort- und Überbrückungshilfen hätten das viele Unternehmen nicht überstanden“, weiß Forthaus. Angesichts solch düsterer Perspektiven fordert der DEHOGA-Kreisvorsitzende eine dauerhafte Beibehaltung der Mehrwertsteuersenkung auf Speisen. Derzeit sei die Mehrwertsteuersenkung auf sieben Prozent bis Silvester 2023 befristet, danach soll wieder der reguläre Satz von 19 Prozent gelten. „Weitere Preiserhöhungen sind einfach nicht mehr umsetzbar“, weiß Forthaus, da es auch für die Kunden Preisgrenzen gibt. Ebenfalls bat der DEHOGA-Kreisvorsitzende die Landespolitiker, über die Quarantäne-Regeln bei Corona-Infektionen nachzudenken. „Wenn Mitarbeiter auch ohne Symptome mindestens fünf Tage zu Hause bleiben müssen, bringt das Überstunden für andere Kollegen mit sich“, verweist Forthaus auf die geplante Abschaffung entsprechender Regeln in anderen Bundesländern sowie die Erfahrungen aus dem europäischen Nachbarländern.

„Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist uns ein direkter Kontakt sehr wichtig“, dankten Daniel Hagemeier und Markus Höner Frederic Forthaus für den offenen Austausch. „Um Unterstützungen sowie Entlastungen zielgerichtet auf den Weg bringen zu können, müssen wir im ständigen Kontakt bleiben“, sind die beiden Landtagsabgeordneten sicher und machen deutlich, dass die CDU-geführte Landesregierung auch die Wirtschaft nicht aus dem Blick verliert: „Wir haben gerade ein Rettungspaket mit einem Umfang von 14,4 Milliarden Euro beschlossen.“

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de